

INHALT

AUSGABE 06 / 2023

Rücktrittsforderung
an den Bürgermeister S. 1

Abstimmung in der SVV S. 2

Kühlungsborn und der
Klimawandel S. 3-4

Grundsteuerreform S. 5

Leserbrief S. 6

Liebe Kühlungsborner,

Damit Sie unsere Entscheidungen in den Ausschüssen besser nachvollziehen können, erläutern wir Ihnen in der heutigen Ausgabe des Weitblick unsere Sichtweisen und Beweggründe. Wir legen ungerne den Finger in Wunden, verschließen unsere Augen aber auch nicht vor eindeutigen Tatsachen. Gegenseitige Beschuldigungen, persönliche Interessens- oder Machtbestrebungen entsprechen dabei nicht unseren Arbeitsgrundsätzen, sondern sachlich geführter Austausch (auch Streitgespräche), der sich an die Notwendigkeit der Stadt Kühlungsborn und ihre Bürger orientiert.

Der Grundsatz unserer Arbeit und des „Weitblicks“ liegt darin, Chancen und Risiken für Kühlungsborn rechtzeitig zu erkennen und tragfähige nachhaltige Handlungsfelder und Konzepte für Kühlungsborn abzuleiten. Es bedarf einer zukunftsgerichteten Sichtweise, die Aspekte mit einbezieht, an die heute vielleicht noch keiner denkt, aber künftig einen wichtigen Stellenwert für den Ort einnehmen werden. Die Folgen des Klimawandels und der Klimapolitik werden beispielsweise das zukünftige Handeln in unserer Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und freuen uns, wie immer, auf Ihre Meinungen und Beiträge.

Ihr „Weitblick“
Redaktionsteam

RÜCKTRITTSFORDERUNG AN DEN BÜRGERMEISTER



Wer die OstseeZeitung aufmerksam gelesen hat, konnte stark verspätet meine Forderung nach dem Rücktritt des Bürgermeisters finden. Die Gründe für diese Forderung wurden leider dort nicht erläutert.

**Um es vorweg zu nehmen:
Ich werde nicht mehr als Bürgermeister kandidieren und habe auch kein Interesse mehr an dieser Stelle!**

Warum bitte ich unseren Bürgermeister, sein Amt freiwillig niederzulegen?

Eine der ersten Handlungen von Rüdiger Koziar nach Amtsantritt war die Gründung der Tourismus Freizeit und Kultur GmbH (TFK), um den Tourismusbetrieb wieder in städtische Hand zu holen. Dies in der Hoffnung, dass die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Tourismusbetrieb/Kurverwaltung künftig besser vonstatten gehen sollte.

Bis heute ist keine deutliche Verbesserung zu erkennen. Der Gesellschaftervertrag schreibt hier die „Machtverhältnisse“ vor. Ein Aufsichtsrat, bestehend aus eini-

gen Stadtvertretern und Experten unter der Leitung von Oliver Brännich wurde installiert und soll regelmäßig über die Geschäfte informiert werden sowie die Stadtvertretung informieren.

Der Aufsichtsrat muss den Weisungen der Stadtvertretung Folge leisten. Alleiniger Gesellschafter ist die Stadt Ostseebad Kühlungsborn, also alle Kühlungsborner. Vertreten werden die Kühlungsborner durch ihre gewählten Stadtvertreter. In der Gesellschafterversammlung werden sie durch den gewählten Bürgermeister vertreten. Der Bürgermeister muss laut Gesellschaftervertrag den Weisungen der Stadtvertretung in dieser Sache Folge leisten.

Nun zur Sache: In der Stadtvertreterversammlung vom 8. Dezember 2022 wurde über eine „Überplanmäßige Ausgleichsleistung“ an die TFK in Höhe 205.158,90 € diskutiert und entschieden. Heißt, die TFK hat ihren Haushalt

Fortsetzung Seite 2

den. Heißt, die TFK hat ihren Haushalt 2020 um etwa 18.000 € und 2021 um etwa 187.000 € überschritten. An sich ist das angesichts der komplizierten Umstände und der Einnahmen aus der Kurabgabe kein zu gravierendes Problem. Die Umstände, dass die Stadtvertretung erst im Dezember 2022 davon erfahren und dann kurzfristig entscheiden müssen, um eine mögliche Zahlungsunfähigkeit abzuwenden jedoch schon. Nach Aussage der Kämmerers hätte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung im September dies bei genauem Hinsehen bereits erahnen können. Offenbar wurde aber nicht so genau hingesehen, um dies zu erkennen.

Dass ein solches Vorgehen nicht ohne Folgen bleiben kann, war den Stadtvertretern unmittelbar bekannt, so dass noch am Tag der knappen Entscheidung für eine Ausgleichszahlung Konsequenzen gefordert wurden, die durch den Bürgermeister laut Gesellschaftervertrag umzusetzen sind. Dies wurde durch den Bürgermeister auch nach mehrfacher Aufforderung bis zur Stadtvertreterversammlung am 22. Februar nicht getan. Damit übernimmt der Bürgermeister die Verantwortung für die Verfehlung innerhalb der TFK.

Vor dem Hintergrund der meiner Meinung nach mangelnden Bürgernähe des Bürgermeisters, der schwachen Führung der Verwaltung, der konsequenten Ver-

hinderungspolitik und massiven Verzögerungstaktik in fast allen Angelegenheiten entsteht mit jedem Tag, den Rüdiger Kozian noch im Amt ist ein Schaden für die Stadt.

Aus diesem Grunde fordere ich den Bürgermeister auf, sein Amt im Sinne einer positiven Entwicklung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn freiwillig niederzulegen. Ich denke, dass es keines offiziellen Verfahrens bedarf, um dies selbst zu erkennen und im Interesse der Bürger Kühlungsborns sowie der Wirtschaft Kühlungsborns zu handeln.

Dr. Peter Menzel

---- LESERBRIEF -----

ZUM ARTIKEL ÜBER DIE ZAHLUNGSUNFÄHIGKEIT DER TFK IN DER OSTSEE-ZEITUNG AM 11. MÄRZ

SEHR GEEHRTE KÜHLUNGSBORNER,

mit völligem Unverständnis habe ich den Artikel zur Zahlungsunfähigkeit der TFK-Kühlungsborn, in der Ostseezeitung am 11. März 2023, zur Kenntnis genommen. **Nun stellt sich für mich die Frage, wer hat hier alles versagt und wie geht es weiter?**

Der Geschäftsführer der TFK hat hier aus meiner fachlichen Expertise nicht nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung gehandelt. Dem veröffentlichten Geschäftsbericht 2021 ist zu entnehmen, dass in den 92-seitigen Dokument viele Geschäftsfelder sehr detailreich dargestellt wurden, jedoch das Kernstück jedes Unternehmens – die Einnahmen- und Ausgabenrechnung – völlig ignoriert wurden.

In dem Organigramm der Tourismus GmbH sind unter anderem ein Mitarbeiter der Buchhaltung und ein Mitarbeiter des Controllings ausgewiesen. Haben hier alle in den betreffenden Tätigkeitsbereich nicht die erforderliche Fachkenntnis oder wurden Informationen nicht weitergegeben? Die TFK ist eine 100prozentige Tochter der Stadt Kühlungsborn, damit hat auch die Stadt aus meiner Sicht gleichfalls schwerwiegende Fehler gemacht. In einer Geschäftsordnung müssen eindeutige und um-

fangreiche Angaben zum Geschäftsinhalt und deren Verfahrensweise enthalten sein, auf dieser Grundlage hat sie dann ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen. Es ist davon auszugehen, dass diese Grundsätze nicht eingehalten wurden und damit ein immenser finanzieller Verlust zu verzeichnen ist.



Dann werden einfach mal so rund 205 TEUR zur Verlustdeckung genehmigt um angeblich die TFK „nicht verhungern zu lassen“. Was sind das für Meinungen und Entscheidungen und das zum Teil mit dem Geld der Bürger und der Gewerbetreibenden in Kühlungsborn?! Gewerbetreibende gehen bei unsachgemäßer Geschäftsführung in die Insolvenz.

In unserer Stadt unterstützen und zahlen die Gewerbetreibenden die Gewerbesteuer und Fremdenverkehrsabgabe für eine GmbH, die nicht nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung arbeitet. Man kann sich fragen, ob die Erhöhung des Hebesatzes der

Grundsteuer im kausalen Zusammenhang mit diesem Missmanagement steht. Die gezahlten Steuern der Kühlungsborner Bürger müssen verpflichtend zum Wohle der Stadt und deren Bewohner eingesetzt werden, jedoch nicht zum Ausgleich einer desolaten Geschäftsführung.

In keiner Weise wird auf das vergangene Geschäftsjahr 2022 eingegangen, obwohl wir bereits das Ende des 1. Quartals 2023 haben. Sicherlich kann man davon ausgehen, dass hier weitere Defizite in gleicher Höhe oder darüber entstanden sind. Wann gibt es hierzu die erforderlichen Aussagen mit den entsprechenden Festlegungen und Konsequenzen?

Ich erwarte, und sicherlich auch viele Bürger unserer Stadt, dass hier eine öffentliche Aufarbeitung mit grundlegenden Änderungen und Konsequenzen sowohl in der Tourismus GmbH als auch bei den zuständigen Personen der Stadt Kühlungsborn erfolgt.

In meiner vorherigen Tätigkeit war ich als Abteilungsleiterin und Prokuristin in einem größeren Wohnungsunternehmen tätig und kann damit die hier genannten Defizite entsprechend einordnen und bewerten.

Mit freundlichen Grüßen

Gundula Zieboll

KÜHLUNGSBORN UND DER KLIMAWANDEL



Foto: Darius Krause / Pexels

In den letzten beiden Ausgaben des Weitblicks haben wir ausführlich über den Klimawandel und notwendige Maßnahmen berichtet. Genützt hat es bisher relativ wenig; man merkt nichts davon. Die durchgeführten Maßnahmen in Kühlungsborn hatten ihre Ursache nicht in der begründeten Sorge um unser Klima, sondern waren aufgrund behördlicher Auflagen, ausgelöst durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine durchgeführt worden. Sie bezogen sich im Wesentlichen – konzentriert auf die Stadtverwaltung – auf die Reduzierung von Energie (Schwerpunkt Gasverbrauch) und die Planung von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden. Ohne diese Situation wären wir noch immer im klimapolitischen Dornröschenschlaf.

WAS IST ZU TUN?

Viel wird inzwischen darüber diskutiert, wie man Klimaneutralität erreichen kann und immer auf unseren schönen Stadtwald verwiesen, mit dem dies leichter zu erreichen wäre. Das Ziel Klimaneutralität ist ein guter Ansatz, kann aber nur der erste Schritt sein. Bezogen auf die Entwicklung des Klimas und die Erd-

erwärmung ist dies (wenn es die einzige Maßnahme bliebe) aber ein Schuss nach hinten.

Klimaneutralität verändert die Menge an CO₂ in der Atmosphäre nicht, sondern hält sie im besten Fall konstant. Die Menge des eingesparten CO₂ durch die Nutzung alternativer klimafreundlicher Energien (z.B. Wind- oder Solaranlagen) und natürlicher Kohlendioxidspeicher (z. B. Bäume), ist im Idealfall so groß wie die in der Gegenrechnung wieder an die Atmosphäre gegebenen Treibhausgase.

Das bereits schon jetzt in der Atmosphäre vorhandene CO₂ würde für viele Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte weiterhin die Erde erwärmen. Die Ursache ist, dass Kohlendioxid sehr lange in der Atmosphäre bleibt. Die weitere Erderwärmung würde aufrechterhalten bleiben.

Entscheidend ist deshalb, dass nicht nur Klimaneutralität angestrebt wird, sondern dass zusätzlich CO₂ aus der Atmosphäre entfernt werden muss. Damit kann man den Anstieg der Erderwärmung verlangsamen, sogar begrenzen und langfristig das Klima stabilisieren. Das geht aber nicht von heute auf morgen, sondern dauert Jahrzehnte (wenn es gelingt).

WELCHE BEDEUTUNG HAT DAS ALLES FÜR KÜHLUNGSBORN?

Hier gibt es zwei Ansatzpunkte: Erstens die Reduzierung der Treibhausgase durch Erreichen der Klimaneutralität sowie Maßnahmen der Entziehung von CO₂ aus der Atmosphäre. Der zweite Ansatzpunkt ist die Anpassung an den Klimawandel.

VERRINGERUNG DER TREIBHAUSGASE

Hierzu zählt zum Beispiel der weitere **Ausbau des Nahverkehrs**, der möglichst allen Bürgern, egal wo sie in Kühlungsborn wohnen, die Nutzung ermöglicht. Zusätzlich müssen **alternative Fortbewegungsmittel** wie das Fahrrad durch stärkeren **Ausbau der Radwege** und der Vorrang des Radverkehrs vor dem Kfz-Verkehr gefördert werden. Weiter tragen **klimafreundliche Auflagen bei neuen Bauvorhaben** (Materialien, Größe der versiegelbaren Baufelder usw.) durch Anpassung

der Bebauungspläne zur Erreichung der Ziele bei. Dazu gehört auch der Umbau der Energiesysteme (z. B. Solaranlagen, Luft-Wärmepumpen usw.) Darüber hinaus muss die **Öffentlichkeitsarbeit** drastisch verbessert werden, damit man die Bürger mitnehmen kann. Denn ohne die Bürger ist das Vorhaben wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt.



„Kleine Maßnahmen mit viel Wirkung“: Rücknahme von Versiegelungen des Bodens

Weitere Punkte sind die Entziehung von CO₂ aus der Atmosphäre durch die **Förderung von Anpflanzungen** (Durchführung auch auf städtischem Boden), sowie die **Rücknahme von Versiegelungen des Bodens** wo immer möglich und Ersatz durch CO₂-speichernde Pflanzen (z. B. Laubbäume und Sträucher). Ebenso ist zu prüfen, wo **Feuchtgebiete** angelegt werden können, die der Atmosphäre Kohlendioxid entziehen. Dies alles sind nur Beispiele, die die Möglichkeiten Kühlungsborns aufzeigen. Sicher gibt es noch mehr davon.



Feuchtgebiete entziehen der Atmosphären Kohlendioxid, Foto: Tyler Butler / Unsplash

ANPASSUNG DES TOURISMUS AN DEN KLIMAWANDEL

Der wichtigste Wirtschaftszweig Kühlungsborns ist der Tourismus, der auch stark vom Klimawandel betroffen sein wird. An dieser Stelle können erstmals nur Vermutungen und Prognosen an gestellt werden, die aber unter Berücksichtigung aller Konsequenzen, die sich aus dem Kampf gegen die Erderwärmung ergeben, eine relativ hohe Eintrittswahrscheinlichkeit haben.

Da wäre zum Beispiel die dauerhafte Erhöhung der Energiepreise, die Kosten der staatlichen Maßnahmen, die sich insgesamt auf die Preisentwicklung auswirken werden und staatliche Verordnungen zur Verringerung der Treibhausgase (direkt und indirekt). Ein Beispiel zu letzterem ist die CO₂- Abgabe auf Treibstoffe, die sich in Zukunft jährlich erhöhen wird.



Hier ist es schon aus Platzgründen nicht möglich, alle Aspekte aufzuzeigen. Aber eines dürfte klar sein. Die verfügbaren Mittel der Bevölkerung für Urlaubsreisen werden mittelfristig durch die **Erhöhung der Lebenshaltungskosten** vermindert. Dies wird sicher auch auf den Tourismus Kühlungsborns Einfluss haben. **Zielgruppen werden sich ändern**, manche werden ihren Urlaub verkürzen, weniger oft verreisen oder sich andere Ziele, die für sie preislich

günstiger sind, suchen. Hierauf muss man sich vorbereiten, um diesen Wirtschaftszweig zu erhalten. Das Tourismuskonzept (Fortschreibung 2017), kann hierbei nicht mehr helfen. Es muss ein neuer Ansatz gefunden werden, und zwar schnell. Die Umsetzung eines neuen Marketingkonzeptes dauert Jahre und muss wirken, bevor viele unserer Gäste Kühlungsborn den Rücken gekehrt haben. Wahrlich keine leichte Aufgabe.

Wenn wir sofort an die oben beschriebenen Maßnahmen herangehen, haben wir gute Chancen, auch in Zukunft unsere Wirtschaftskraft zu erhalten und einen Beitrag zur Verringerung der Erderwärmung zu leisten.

Kühlungsborn kann die Welt nicht retten; aber wir können ein Zeichen setzen und somit einen Beitrag leisten, der andere zum Nachahmen und Mitmachen animiert. Nur so können wir global gesehen dieses Problem lösen. Denn wir Industrieländer haben es dem Rest der Welt auch eingebracht.

Dr. Helmut Maisel

IMPRESSUM

Herausgeber:
Initiative Zukunft
Ostseebad Kühlungsborn
Ernst-Rieck-Str. 6
18225 Kühlungsborn,
Tel.: 0172 / 49 38 238
www.i-z.info

Redaktion und Gestaltung:
Dr. Helmut Maisel, Dr. Peter Menzel,
Anne Menzel, weitblick@i-z.info

Druck: Flyeralarm, Würzburg

WEITBLICK. erscheint bisher unregelmäßig und nach Bedarf. Die heutige sechste Auflage erscheint im Mai 2023 mit einer Druckauflage von 5.000 Exemplaren.

FÜR NOCH MEHR WEITBLICK

Da wir keine Werbeanzeigen veröffentlichen, freuen wir uns über jede finanzielle Zuwendung, um die Druckkosten sichern zu können. Sie haben die Möglichkeit, über Paypal, Kreditkarte oder Überweisung zu bezahlen.

WEITBLICK wird in ehrenamtlicher Arbeit erstellt und an die Haushalte verteilt.

WEITBLICK-KONTOVERBINDUNG

Inhaber:
Dr. Peter Menzel / MENZEL-Verlag

Kreditinstitut:
Deutsche Apotheker- und Ärztebank

IBAN: DE66 30060601 0105006902
BIC: DAAEDEDXXX

Verwendungszweck: WEITBLICK

EINFACH & SICHER ÜBERWEISEN:



GRUNDSTEUERREFORM

WAS BEDEUTET DAS FÜR IMMOBILIENBESITZER IN KÜHLUNGSBORN UND WIE BEKOMMEN WIR EINE MÖGLICHST FAIRE VERTEILUNG HIN?

Das Bundesverfassungsgericht hat im April 2018 entschieden, dass die bisherige Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Daher ist eine Reform notwendig geworden, um die Verfassungsmäßigkeit der Grundsteuer sicherzustellen. Die Folgen betreffen einmal alle Besitzer von Immobilien, aber indirekt auch alle Mieter, da die Grundsteuer ja von den Vermietern weiterberechnet werden kann.

Durch die Reform ist es durchaus möglich (vielleicht sogar wahrscheinlich), dass sich die Grundsteuer für viele Betroffene erhöht. Das Ziel des Bundesgerichtsurteil ist, eine realitätsnähere und damit auch gerechtere Feststellung der zu erhebenden Grundsteuer zu erreichen. Das Ziel bestand (und besteht) nicht in der Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen. Trotzdem ist zu vermuten, dass mit der Reform auch von Kommunen die Möglichkeit genutzt wird, mit der Einführung der reformierten Grundsteuer die Einnahmesituation zu verbessern, was für alle Betroffenen eine höhere Belastung bedeutet.

Um diesem Vorgehen für Kühlungsborn einen Riegel vorzuschieben, hat die Initiative Zukunft eine entsprechende Beschlussvorlage eingebracht, die in der Stadtvertreterversammlung am 4. Mai 2023 behandelt und beschlossen werden soll.

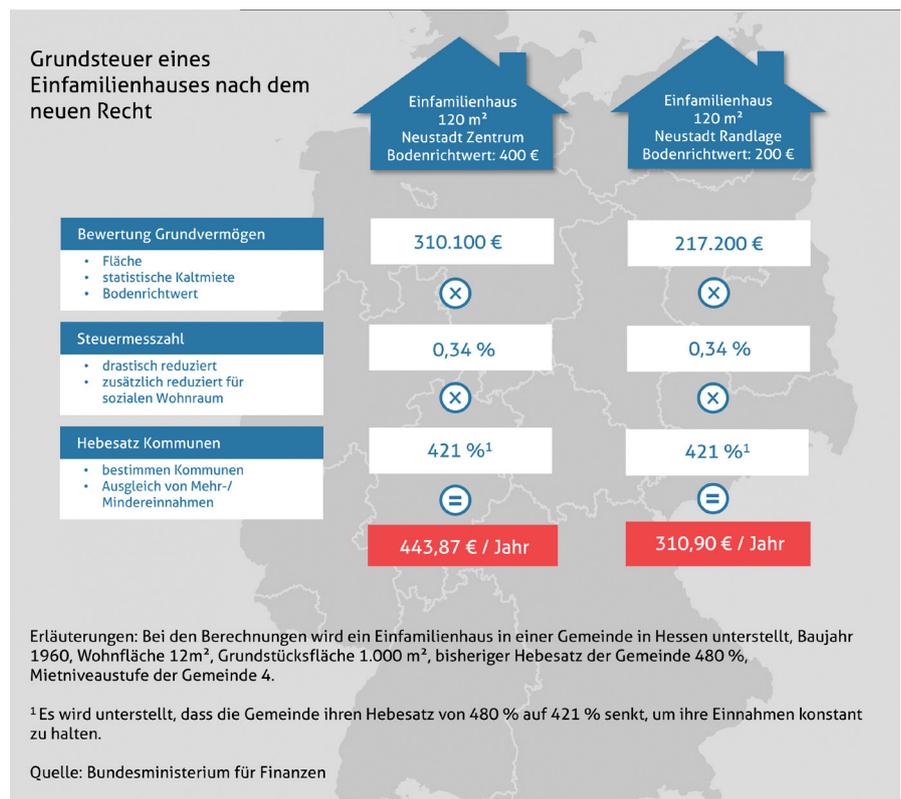
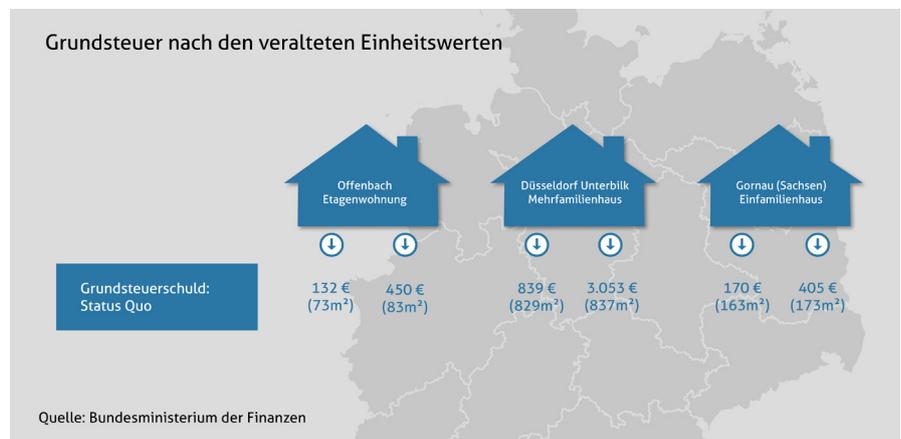
Der Text der Beschlussvorlage lautet wie folgt:

„Die Stadtvertreterversammlung beschließt, bei der in 2025 anstehenden Reform der Grundsteuern, den Hebesatz so zu bemessen, dass der Gesamtertrag die Gesamteinnahmen aus der Grundsteuer des Jahres 2023 nicht übersteigt. Hierzu ist eine Anpassung des Hebesatzes notwendig.“

Hierbei lässt sich natürlich nicht vermeiden, dass es für den ein oder anderen Steuerpflichtigen eine Erhöhung oder Minderung der bisherigen Steuer gibt, insgesamt aber soll das Steueraufkommen nicht steigen.

Somit wäre die notwendige Anpassung an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts für Kühlungsborn insgesamt aufkommensneutral.

Dr. Helmut Maisel



KLARTEXT: WIE WIR ABGESTIMMT HABEN UND WARUM

Peter Menzel

Immer wieder werde ich gefragt, wie wir bei bestimmten Abstimmungen gestimmt haben und was uns dazu bewogen hat, so zu stimmen. Meist stelle ich dann fest, dass nicht alle Facetten und Hintergründe bekannt sind. Aus diesem Grund möchte ich meine Beweggründe künftig hier einmal erläutern.

SCHLIESSUNG BAHNÜBERGANG HERMANN-LÖNS-WEG

In der letzten Stadtvertreterversammlung am 22. Februar sollte eine Entscheidung über eine Kreuzungsvereinbarung der Mecklenburgischen Bäderbahn Molli GmbH mit der Stadt Ostseebad Kühlungsborn beschlossen werden. Hierbei ging es um den Bahnübergang des Hermann-Löns-Weges. Für die Molli GmbH gibt es mehrere Gründe dafür, den Übergang für Autos zu schließen und die Diskussionen um einen Kompromiss wahren schon mehrere Jahre.

Ob wir diese Gründe nun gut oder schlecht finden sei einmal dahingestellt. Tatsächlich ist man in den letzten Jahren einer Einigung kaum näher gekommen, da die Stadtverwaltung und die Stadtvertretung eine Schließung für Autos kategorisch ablehnen.

Über die Gründe und Argumente für diese kategorische Ablehnung kann man ebenso streiten, wie über die Argumente der Bahn. Im Gegensatz zu allen anderen Stadtvertretern habe ich für die Schließung des Bahnübergangs gestimmt. Es ist nachgewiesen, dass die Einbahnstraßenregelung dort weitgehend missachtet wird.

Wir wollen in Kühlungsborn den Fahrrad- und Fußgängerverkehr im Sinne der Erhöhung der Lebensqualität fördern und den Autoverkehr reduzieren. Im Rahmen der Kreuzungsvereinbarung sollen Radfahrer und Fußgänger

den Bahnübergang weiterhin nutzen. Somit kommt es zu einer Reduzierung des Autoverkehrs im Hermann-Löns-Weg, was einer Erhöhung der Lebensqualität dort gleichkommt.

Weiterhin wird die Unfallwahrscheinlichkeit am Bahnübergang drastisch reduziert. Auch wenn es dort glücklicherweise schon länger zu keinem Unfall gekommen ist, so wäre doch nur die Wahrscheinlichkeit eines einzigen schweren Unfalls Grund genug, zu handeln.

Ein Abschneiden des Wohngebietes vom Zentrum Ost kann ich nicht erkennen, da man weiterhin zu Fuß und mit dem Fahrrad passieren kann. Mit dem Auto kann man weiterhin über die Cubanzstraße in die Stadt fahren. Ja, der Weg ist dann im Extremfall 750 m länger, aber das sollte für ein Auto nicht problematisch sein, zumal man auch bei Regen geschützt sitzt. Der Zeitverlust sollte kaum messbar sein. Eine Erreichbarkeit des Wohngebietes durch Rettungsfahrzeuge ist weiterhin über die Zufahrt zur Hohen Düne und von der Cubanzstraße aus sichergestellt.

Natürlich ist es als Stadtvertreter viel bequemer und sympathieträchtiger und wird künftig ein besseres Wahlergebnis bringen, wenn man einfach dagegen stimmt, auch wenn man genau weiß, dass die Bahn hier letztendlich am längeren Hebel sitzt und die Schließung erzwingen kann und wird. Mit einer Vereinbarung hätten wir wenigstens die Möglichkeit der Querung für Fußgänger und Radfahrer gesichert. Vielleicht entscheiden sich künftig noch mehr Menschen dafür, einfach das Fahrrad zu nutzen oder zu Fuß zu gehen.

HAUSHALTSPLAN DER TSK FÜR 2023

In einem weiteren Beschluss sollte über die Haushaltssatzung für den Haushaltsplan 2023 abgestimmt werden. Diese haben wir abgelehnt. Der Haushaltsplan beinhaltet auch die Planung der TFK GmbH (Tourismus und Freizeit Gesellschaft Kühlungsborn). In dieser Planung

wurden unter anderem mögliche Risiken aufgeführt, und zwar die Energiekrise, die Inflation, das Klima und Corona. Dies ist positiv zu bewerten. In der konkreten Planung für das laufende Jahr 2023 sowie die Folgejahre bis einschließlich 2026 finden die Risiken aber keinerlei Berücksichtigung. Im Gegenteil, man betont, dass 2023 ein Jahr ohne gravierende Einschränkungen wird und erwartet auch eine stabile Entwicklung in den nächsten Geschäftsjahren.

Hier wird die Realität komplett ausgeblendet. Die Grundlage für die Geschäftspolitik der TFK ist das Tourismuskonzept in seiner Fortschreibung von 2017. Inzwischen sind mehr als sechs Jahre vergangen und die Welt hat sich in dieser Zeit – wie jeder weiß – vollkommen verändert. Dieses Tourismuskonzept ist in seiner Form als Grundlage der Geschäftspolitik nicht mehr geeignet.

Der Schluss daraus, bezogen auf die aktuelle Planung ist der, dass diese nicht nur sehr optimistisch, sondern naiv ist. Wir können dem nicht zustimmen, unter anderem auch, weil die zu erwartenden, von der Stadt Kühlungsborn auszugleichenden Fehlbeträge, den Stadtsäckel zusätzlich belasten.

Dies wurde von den meisten Stadtvertretern ausgeblendet, so dass die Mehrheit der Beschlussvorlage zustimmte. Vor dem Hintergrund der Verfehlungen aus den Vorjahren ist dies kaum zu verstehen. Generell scheint es auch hier ein Missverständnis darüber zu geben, wie in einer Demokratie Kompromisse erzielt werden. Mitnichten muss jeder einzelne Stadtvertreter bereits den Kompromiss wählen, denn dieser soll ja gerade anhand einer Abstimmung durch Auszählung der Stimmen erzielt werden.

Heißt: wir geben unsere Stimme entsprechend unserer Überzeugung ab und nicht entsprechend der zu erwartenden Mehrheit oder Gefälligkeit. Darüber hinaus muss betont werden, dass wir innerhalb der IZ keinen Fraktionszwang haben.

Dr. Peter Menzel